

Germany-Mainz: Architectural and related services
OJ S 71/2021 13/04/2021
Contract notice
Services

Legal Basis:
Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Land Rheinland-Pfalz, vertreten durch das Ministerium der Finanzen, vertreten durch den Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung, Niederlassung Mainz, vertreten durch die Niederlassungsleitung
Postal address: Fritz-Kohl-Straße 9
Town: Mainz
NUTS code: DEB35 Mainz, Kreisfreie Stadt
Postal code: 55122
Country: Germany
Contact person: LBB NL Koblenz, Zentrale Vergabestelle FbT, Hofstraße 257a, 56077 Koblenz
E-mail: VOFVergabe.Koblenz@LBBnet.de
Telephone: +49 2619701-0
Fax: +49 2619701-444
Internet address(es):
Main address: <http://www.lbb.rlp.de>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://lbb.vergabe.rlp.de/VMPSatellite/notice/CXPLYDYCYZV/documents>
Additional information can be obtained from the abovementioned address
Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://lbb.vergabe.rlp.de/VMPSatellite/notice/CXPLYDYCYZV>

I.4. Type of the contracting authority

Regional or local authority

I.5. Main activity

Economic and financial affairs

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Staatskanzlei Mainz, Sanierung Sautanzgebäude, Technische Ausrüstung, Anlagengruppen 4, 5 und 8 gem. Teil 4 Abschnitt 2 HOAI
Reference number: 20D0657

II.1.2. Main CPV code

71200000 Architectural and related services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Die Leistungen des Auftragnehmers (AN) umfassen die Fachplanung Techn. Ausrüstung Anlagengr. 4, 5 und 8 Leistungsphasen (LPH) 2, 3 u.5-9 gem. § 55 HOAI für den Umbau, die Modernisierung, den Ausbau und die Erweiterung des Sautanzgebäudes der Staatskanzlei in Mainz (aufgr. von Eigenleistungen teilw. Wegfall von Grundleistungen bzw. Teilleistungen von Grundleistungen).

Ergänzt werden die Grundleistungen insbesondere durch folgende Besondere Leistungen:

- Detaillierte Kostenschätzung und Berechnung,
- Erstellung und Fortführung des techn. Teils zum Raumbuch sowie zu dessen Bestandsdokumentation,
- Mitwirkung bei Themen zum nachhaltigen Bauen,
- Mitwirken bei der Zertifizierung nach BNB,
- Überwachen der Mängelbeseitigung innerh. der Verjährungsfristen.

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.2. Additional CPV code(s)

71221000 Architectural services for buildings, 71240000 Architectural, engineering and planning services

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DEB35 Mainz, Kreisfreie Stadt

Main site or place of performance: Mainz

II.2.4. Description of the procurement

Städtebau

Der sogenannte „Sautanz“ oder auch das alte Zeughaus ist Teil eines Gebäudeensembles, welches sich in unmittelbarer Nähe zum Rhein befindet. Zusammen mit dem neuen Zeughaus bildet es einen Binnenhof, der im südlichen Teil durch eine Mauer vervollständigt wird.

Gebäudestruktur und Historie

Die dreiflügelige Anlage in Hufeisenform wurde ca. 1604 in der heutigen Grundform errichtet. In der Mittelachse liegt ein Treppenturm, hier befindet sich auch der Haupteingang. Im zweiten Weltkrieg wurde das Gebäude nahezu vollständig zerstört. Es blieben nur die Kellergewölbe, einige Außenmauern und 2 Giebelwände stehen.

Ende der 50er Jahre wurde der Südflügel für den SWR ausgebaut. Im Kellergeschoss sind noch aus dieser Zeit verbaute Schadstoffe (KMF) vorhanden. Unter dem teilweise unterkellerten Innenhof ist derzeit die Technik untergebracht. Das Gebäude ist zweigeschossig mit steilem Mansarddach, in dem die untere Ebene im Dachraum zu Büroflächen ausgebaut wurde. Der Spitzboden ist derzeit ungenutzt.

Das Gebäude steht unter Denkmalschutz.

Um die derzeit noch an mehreren Standorten verteilten Mitarbeiter der Staatskanzlei an einem Standort zu konzentrieren, soll das Bestandsgebäude „Sautanz“ saniert, sowie der Spitzboden der Mansarde ausgebaut und zusätzlich ein Erweiterungsbau errichtet werden. Als Standort hierfür ist der Bereich der bestehenden Garagen vorgesehen. Diese sollen abgerissen und

durch einen Verwaltungsneubau ersetzt werden. Es soll eine barrierefreie Erschließung der beiden Gebäude ermöglicht werden, sowie eine interne Verbindung.

Im Neubau sollen im Wesentlichen folgende Nutzungen untergebracht werden:

- Büroräume,
- Konferenz- und Seminarräume.

Beschreibung der Technische Gebäudeausrüstung:

Die Büroflächen werden natürlich belüftet. Größere Besprechungsräume sind nach AMEV zu beurteilen und mechanisch zu belüften. Das gesamte Kellergeschoss muss ebenfalls mechanisch belüftet und ggf. entfeuchtet werden. Die Kellerflächen werden mit Wasserdetektionsmeldern ausgestattet.

Die Fachgewerke Versorgungs- und Elektrotechnik werden komplett neu aufgebaut. Die Installation erfolgt generell in Unterputzausführung.

Einzelne Räume werden an eine aufgeschaltete Einbruchmeldeanlage angeschlossen.

Für den Zeitraum der Maßnahme wird ein Baustellenbüro zur Verfügung gestellt.

Gebäudedaten:

- Zu sanierende Fläche im Bestand HNF / NUF 1-6: ca. 689 m²,
- Auszubauende Fläche im Bestand HNF / NUF 1-6: ca. 219 m²,
- Neu zu errichtender Erweiterungsbau HNF / NUF 1-6: ca. 352 m²,
- Gesamt HNF / NUF 1-6: ca. 1 260 m²,
- Gesamt BGF: 2 809,00 m².

Voraussichtlicher Projektablauf:

Erstellung KVM-Bau: 08/2021 – 02/2022 (6 Monate)

Erstellung HU-Bau: 07/2022 – 01/2023 (6 Monate)

Ausführungsplanung: 03/2024 bis einschließlich 09/2024

Vorbereitung und Mitwirkung bei der Vergabe: 09 – 12/2024

Baubeginn: 05/2025

Fertigstellung: 09/2027

Nutzungsbeginn: 10/2027

Kostenrahmen Baukosten KG 300+400:

KG 300: 6 915 000 EUR brutto

KG 400: 3 800 000 EUR brutto

Gesamt: 10 715 000 EUR brutto.

II.2.5. Award criteria

Price is not the only award criterion and all criteria are stated only in the procurement documents

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Duration in months: 75

This contract is subject to renewal: no

II.2.9. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged minimum number: 5 Maximum number: 8 Objective criteria for choosing the limited number of candidates:

Die Auswahl der Teilnehmer erfolgt nach Prüfung der Vollständigkeit der nach III.1.1) bis III.

1.3) vorzulegenden Erklärungen und Nachweise auf der Grundlage einer einheitlichen

Bewertungsmatrix, welche in den Vergabeunterlagen („Aufforderung zum

Teilnahmewettbewerb“) aufgeführt und näher erläutert ist. Folgende Eignungskriterien werden gewertet: Jahresumsatz, Jahresumsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags,

Beschäftigtenzahl, Zahl der Führungskräfte der genannten Fachrichtung, Anzahl und Qualität der Referenzen.

Die Bewerber mit der höchsten Bewertung werden zur Verhandlung aufgefordert. Bei Punktgleichheit von mehr als 8 Bewerbern entscheidet das Los über die Teilnahme am weiteren Verhandlungsverfahren.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: yes

Description of options:

Mit Vertragsschluss wird die Leistungsstufe 1 beauftragt. Der AG behält sich eine stufenweise Beauftragung der weiteren Leistungen entsprechend RBBau-Vertragsmuster vor.

Die in den einzelnen Leistungsstufen zu erbringenden Grundleistungen der Leistungsphasen nach § 55 HOAI gliedern sich wie folgt: Leistungsstufe 1 (LPH 2 und 3), Leistungsstufe 2 (LPH 5 und 6), Leistungsstufe 3 (LPH 7), Leistungsstufe 4 (LPH 8) und Leistungsstufe 5 (LPH 9).

Ein Rechtsanspruch auf Übertragung der Leistungen besteht nicht.

Bei stufenweiser Beauftragung kann der AN den Vertrag innerhalb einer Frist von einem Monat kündigen, wenn der AG die Leistungen für die jeweils folgende Stufe nicht innerhalb einer angemessenen Frist abrufen. Eine solche angemessene Frist endet im Regelfall nicht vor Ablauf von 6 Monaten nach vollständiger Erfüllung der Leistungen der vorangegangenen Stufe.

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds: no

II.2.14. Additional information

Der Auftraggeber behält sich vor, die Verhandlungsgespräche in Form einer Videokonferenz durchzuführen od. den Zuschlag aufgrund der mit dem Honorarangebot in Textform eingereichten Präsentationen zu vergeben ohne Verhandlungsgespräche durchzuführen.

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Vorlage eines aktuellen Auszugs aus dem einschlägigen Berufs-, Handels- oder Partnerschaftsregister oder in Ermangelung eines solchen, eine aktuelle Bescheinigung einer Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Ursprungs- oder Herkunftslandes, sofern die Gesellschaftsform dies erfordert.

Erklärung, ob die in den §§ 123 oder 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) genannten Ausschlussgründe vorliegen (einschließlich der Ausschlussgründe nach § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes und § 19 des Mindestlohngesetzes).

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Als Nachweis ist mit dem Bewerbungsbogen vorzulegen: eine aktuelle Versicherungsbestätigung über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung oder

alternativ eine schriftliche Erklärung der Versicherung ohne Vorbehalte und nicht älter als 2 Monate, den geforderten Versicherungsschutz im Auftragsfall zur Verfügung zu stellen. Der Auftragnehmer / die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) muss eine Berufshaftpflichtversicherung während der gesamten Vertragszeit unterhalten und ist verpflichtet dem AG jährlich eine aktuelle Versicherungsbescheinigung vorzulegen. Er/Sie hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der im Vertrag genannten Deckungssummen besteht. In jedem Fall ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistungen pro Versicherungsjahr bzw. für alle Versicherungsfälle bei dem Objekt mindestens das Zweifache der Deckungssumme beträgt.

Bei einer Bewerbergemeinschaft / ARGE muss der Versicherungsschutz bzw. die Versicherungserklärung auf die ARGE ausgestellt sein und eine gesamtschuldnerische Haftung auch für Schäden im Verantwortungsbereich einzelner Mitglieder der ARGE bestätigen. Alternativ kann eine gleichlautende Versicherung aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft/der ARGE vorgelegt werden, wenn gerade auch die Tätigkeit in einer ARGE mit Haftung für die gesamte ARGE bestätigt wird; aus der Bescheinigung muss eindeutig hervorgehen, dass diese Tätigkeit in einer ARGE mit Außenhaftung für die gesamte ARGE enthalten ist.

Erklärungen des Bewerbers (Einzelunternehmen bzw. Bewerbergemeinschaft) gem. § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV über den allgemeinen Jahresumsatz und den spezifischen Jahresumsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags. Die Jahresumsätze der Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft bzw. der benannten Nachunternehmer, welche die Leistungen tatsächlich erbringen, werden aufaddiert.

Minimum level(s) of standards possibly required:

Als Mindeststandards werden gefordert:

Berufshaftpflichtversicherung des Bewerbers / der ARGE mit einer Deckungssumme von mind. 1 500 000 EUR für Personenschäden und von mind. 1 000 000 EUR für sonstige Schäden und der geforderten zweifachen Maximierung bei einem, in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmen oder Kreditversicherer. Bei einer Bewerbergemeinschaft / ARGE muss der Versicherungsschutz eine gesamtschuldnerische Haftung auch für Schäden im Verantwortungsbereich einzelner Mitglieder der ARGE abdecken. Alternativ ist ausreichend, wenn alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft/ ARGE eine Berufshaftpflichtversicherung mit dem vorgenannten Versicherungsschutz haben /nachweisen, wenn jeweils gerade auch die Tätigkeit in einer ARGE mit Haftung für die gesamte ARGE mitversichert ist.

Der allgemeine Jahresumsatz brutto der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre muss im Durchschnitt mind. 180 000 EUR pro Jahr betragen und der spezifischen Jahresumsatz brutto in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags (Fachplanung Elektrotechnik, Anl.-Gr. 4 und 5) der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre muss im Durchschnitt mind. 120 000 EUR pro Jahr betragen.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Zum Nachweis der fachlichen Eignung hat der Bewerber Nachweise und Erklärungen gem. § 46 Abs. 3 Nrn. 1, 2, 3, 6, 8, 9, 10 VgV einzureichen. Entsprechende Formblätter werden mit den Teilnahmeunterlagen zur Verfügung gestellt.

Die nachfolgend im Einzelnen aufgeführten technischen Führungskräfte sind gem. § 46 Abs. 3 Nrn. 2 und 6 VgV namentlich zu benennen und mit beruflicher Qualifikation anzugeben:

- der Projektleiter,
- der stellv. Projektleiter,

— der Bauleiter.

Die in den Mindeststandards geforderten beruflichen Qualifikationen sind nachzuweisen. Für den Bewerber/das Unternehmen, den Projektleiter und den Bauleiter sind aussagekräftige projektbezogene Referenzunterlagen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge einzureichen. Es werden alle Referenzen über einschlägige Dienstleistungsaufträge berücksichtigt, welche im zugelassenen Referenzzeitraum liegen und die geforderten Mindeststandards erfüllen.

Zu den Referenzprojekten sind folgende Angaben über ein Projektdatenblatt abzugeben:

- a) Kurzbezeichnung der Baumaßnahme und Beschreibung der durchgeführten Maßnahmen,
- b) Auftraggeber mit Name und Anschrift,
- c) Brutto-Grundfläche der Maßnahme (BGF nach DIN 277),
- d) erbrachte Leistungsphasen,
- e) Zeitraum der Leistungserbringung (von/bis),
- f) Rechnungswert (Honorar, netto),
- g) Abschluss der LPH 8 und der Inbetriebnahme,
- h) Schwierigkeitsgrad der Maßnahme (Honorarzone gem. § 56 Abs. 2 HOAI),
- i) Art der Baumaßnahme,
- j) Anzahl der Vollgeschosse,
- k) Gebäudeart,
- l) bearbeitete Anlagengruppen,
- m) Angabe zum Denkmalschutz.

Der Bewerber hat des Weiteren eine Erklärung abzugeben, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bewerbers in den letzten 3 Jahren sowie die Zahl seiner Führungskräfte in der Fachrichtung Elektrotechnik ersichtlich ist (§ 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV).

Der Bewerber hat eine Erklärung beizufügen aus der ersichtlich ist, über welche Ausstattung, Geräte und technische Ausrüstung er verfügt (§ 46 Abs. 3 Nr. 9 VgV).

Der Bewerber hat die Maßnahmen zur Qualitätssicherung zu beschreiben (§ 46 Abs. 3 Nr. 3 VgV) und anzugeben, welche Teile des Auftrages er unter Umständen als Unterauftrag zu vergeben beabsichtigt und – soweit bekannt – die Namen der vorgesehenen Unterauftragnehmer zu nennen (§§ 46 Abs. 3 Nr. 10, 36 VgV).

Minimum level(s) of standards possibly required:

Als Mindeststandards werden gefordert:

Der Projektleiter und der stellv. Projektleiter muss jeweils eine abgeschlossene Hochschulausbildung (Dipl.-Ing. Univ./TU/TH/FH bzw. Bachelor oder Master) in der Fachrichtung Elektrotechnik oder vergleichbar und eine Berufserfahrung von mind. 5 Jahren in der genannten Fachrichtung nach Studienabschluss nachweisen.

Der Bauleiter muss eine abgeschlossene Hochschulausbildung (Dipl.-Ing. Univ./TU/TH/FH bzw. Bachelor oder Master) in der Fachrichtung Elektrotechnik oder vergleichbar und eine Baustellenpraxis von mind. 5 Jahren in der genannten Fachrichtung nach Studienabschluss nachweisen.

Für die Referenzprojekte gelten folgende Mindestanforderungen:

1. Bewerber/das Unternehmen

Mind. 1 Referenz über die Planung, Ausschreibung und Objektüberwachung (LPH 2,3 und 5-8 § 55 HOAI) für die Anl.-Gr. 4, 5 und 8 für den Umbau und/oder die Modernisierung eines mehrgeschossigen (mind. 2 Vollgeschosse) denkmalgeschützten Büro- und/oder Verwaltungsgebäudes von mind. 600 qm BGF und mit mind. Honorarzone II.

Zugelassener Referenzzeitraum:

Abschluss der LPH 8 nach dem 1.3.2011 und Leistungsstand zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist (s. Ziff. IV.2.2)) LPH 8 oder Inbetriebnahme abgeschlossen.

2. Projektleiter und stellv. Projektleiter:

JEWELLS mind. 1 Referenz über die Planung, Ausschreibung und Objektüberwachung (LPH 2,3 und 5-8 § 55 HOAI) für die Anl.-Gr. 4 und 5 für den Bau (gem. § 2 Abs. 2-4 HOAI) und /oder den Umbau und/oder die Modernisierung eines mehrgeschossigen (mind. 2 Vollgeschosse) Büro- oder Verwaltungsgebäudes von mind. 1 000 qm BGF und mit mind. Honorarzone II.

Zugelassener Referenzzeitraum:

Abschluss der LPH 8 nach dem 1.3.2011 und Leistungsstand zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist (s. Ziff. IV.2.2) LPH 8 oder Inbetriebnahme abgeschlossen.

3. Bauleiter:

Mind. 1 Referenz über die Ausschreibung und Objektüberwachung (LPH 6-8 § 55 HOAI) für die Anl.-Gr. 4 und 5 für den Bau (gem. § 2 Abs. 2-4 HOAI) und/oder den Umbau und/oder die Modernisierung eines mehrgeschossigen (mind. 2 Vollgeschosse) Büro- oder Verwaltungsgebäudes von mind. 1 000 qm BGF und mit mind. Honorarzone II.

Zugelassener Referenzzeitraum:

Abschluss der LPH 8 nach dem 1.3.2011 und Leistungsstand zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist (s. Ziff. IV.2.2) LPH 8 oder Inbetriebnahme abgeschlossen.

Die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bewerbers in den letzten 3 Jahren muss mind. 3 Beschäftigte betragen.

Die durchschnittliche jährliche Zahl seiner Führungskräfte der Fachrichtung Elektrotechnik in den letzten 3 Jahren muss mind. 2 Beschäftigte betragen.

Für die Ausführung des Auftrags sind EDV-Schnittstellen zum Datenaustausch von CAD-Zeichnungen (mind. DXF u. DWG) und Leistungsverzeichnissen (mind. GAEB 1990) erforderlich.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.2. Contract performance conditions

Die Teilnahme von Bewerbergemeinschaften ist unter der Voraussetzung zulässig, dass diese im Auftragsfall die Form einer Arbeitsgemeinschaft annehmen, einen bevollmächtigten Vertreter bestimmen und sich vertraglich zur gesamtschuldnerischen Haftung verpflichten (siehe Bewerbungsbogen zum Teilnahmewettbewerb).

III.2.3. Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.5. Information about negotiation

The contracting authority reserves the right to award the contract on the basis of the initial tenders without conducting negotiations

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 11/05/2021 Local time: 23:59

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

1) Bewerbergemeinschaften (BGen)

BGen, die sich erst nach der Einreichung des Teilnahmeantrages gebildet haben, werden nicht zugelassen. Mehrfachbewerbungen einzelner Mitglieder einer BG sind unzulässig u. führen zum Ausschluss aller betroffenen BGen.

Für jedes Mitglied der BG ist ein eigener mit den erforderlichen Angaben ausgefüllter Bewerbungsbogen einzureichen. Liegt bei einem Mitglied einer BG ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB od. ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vor, so muss dieses Mitglied ersetzt werden.

Bei BGen sind nur ein Projektleiter, ein stellv. Projektleiter und ein Bauleiter zu benennen. Die Leistungsabgrenzung innerhalb der BG ist darzustellen.

2) Eignungsleihe (§ 47 VgV)

Beabsichtigt der Bewerber im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche u. finanzielle sowie die technische u. berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten eines anderen Unternehmens in Anspruch zu nehmen u. erfüllt dieses Unternehmen die entsprechenden Eignungskriterien nicht od. liegt bei diesem Unternehmen ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB od. ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vor, so muss dieses Unternehmen ersetzt werden. Für jedes Unternehmen, dessen Kapazitäten in Anspruch genommen werden sollen, ist ein eigener mit den erforderlichen Angaben ausgefüllter Bewerbungsbogen einzureichen. Zum Nachweis, dass dem Bewerber die erforderlichen Kapazitäten des anderen Unternehmens zur Verfügung stehen, hat er eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.

3) Unteraufträge (§ 36 VgV)

Beabsichtigt der Bewerber eine Unterauftragsvergabe, so hat der Bewerber die Teile des Auftrags, die er an Dritte zu vergeben beabsichtigt, u. – soweit bekannt – die Namen der vorgesehenen Unterauftragnehmer zu benennen. Der Bewerber hat mit dem Teilnahmeantrag im Bewerbungsbogen Angaben zu den vorgesehenen Unterauftragnehmern u. dessen Vertretern sowie Erklärungen zum Vorliegen von Ausschlussgründen zu machen. Zum Nachweis, dass dem Bewerber die erforderlichen Mittel der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen, hat er vor Zuschlagserteilung entsprechende Verpflichtungserklärungen vorzulegen.

4) Vergabeunterlagen/Teilnahmeantrag

Für den Teilnahmeantrag sind die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Formulare bzw. die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) zu verwenden u. bei der unter Ziffer I.1)

angegebenen Kontaktstelle vollständig ausgefüllt, elektronisch in Textform (§ 126b BGB) u. in deutscher Sprache über den Vergabemarktplatz Rheinland-Pfalz (VMP RLP) einzureichen. Die Unterlagen sind im Projektraum im Bereich „Teilnahmeanträge“ hochzuladen. Eine Unterschrift od. Signatur auf dem Bewerbungsbogen ist nicht erforderlich. Es ist jedoch zwingend an der dafür vorgesehenen Stelle der Name der bevollmächtigten, natürlichen Person anzugeben, die für den Bewerber die Eigenerklärung abgibt. Der Teilnahmeantrag muss die im Bewerbungsbogen geforderten Erklärungen u. Nachweise enthalten. Die Angaben sind wahrheitsgemäß zu machen. Änderungen des Bewerbers an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.

Nicht form- u. fristgerecht od. in Papierform eingereichte Teilnahmeanträge/Bewerbungsbögen u. Unterlagen bzw. formlose Anträge, die nicht unter Verwendung der Formulare des Auftraggebers bzw. der EEE gestellt werden, werden vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen.

5) Erhalt der Vergabeunterlagen/Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb

Die Vergabeunterlagen werden ausschließlich auf dem VMP RLP zur Verfügung gestellt. Diese können dort kostenlos bis zum Schlusstermin für den Eingang der Angebote od. Teilnahmeanträge (vgl. Ziff. IV.2.2) heruntergeladen u. Nachrichten der Vergabestelle eingesehen werden. Es gelten hierfür die AGB des VMP RLP.

6) Kommunikation

Die Kommunikation erfolgt ausschließlich über den VMP RLP.

Bekanntmachungs-ID: CXPLYDYCZV

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Postal address: Stiftsstraße 9

Town: Mainz

Postal code: 55116

Country: Germany

E-mail: vergabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de

Telephone: +49 6131-162234

Fax: +49 6131-162113

Internet address: <http://www.mwwlw.rlp.de>

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Gemäß § 160 Absatz 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist ein Verstoß gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen nach

Erkenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Verstöße gegen Vergabevorschriften,

1. die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.

2. die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.

Bei Zurückweisung einer Rüge beträgt die Frist für die Beantragung eines

Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen.

VI.5. Date of dispatch of this notice

08/04/2021